



> Nachruf

Tief erschütterte uns die Nachricht, dass die Kriminaloberkommissarin

Manja Lange

nach langer schwerer Krankheit am 1. Juni 2018 im Alter von nur 47 Jahren verstarb.

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von einer zuverlässigen und geachteten Kollegin, einem engagierten Gewerkschaftsmitglied, einer Mitarbeiterin und Freundin, deren Andenken wir in Ehren halten.

Den Hinterbliebenen gilt unser aufrichtiges Mitgefühl.

Der Landesvorstand

Der Kreisverband

> Nachruf

Wir trauern um unseren ehemaligen Kollegen

Hartmut Pertenbreiter

der nach langer schwerer Krankheit am 28. Mai 2018 verstarb.

Hartmut war ein engagiertes Mitglied unserer Gewerkschaft und setzte sich mit hohem persönlichen Einsatz für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen ein.

Unser tiefes Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden seinen Angehörigen.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Der Landesvorstand

Der Kreisverband

Ergebnisse der Personalratswahlen 2018

Wie in der letzten Ausgabe bereits angekündigt: ein Nachklapp zur Personalratswahl 2018.

Zunächst möchten wir allen gewählten Vertretern herzlich zu ihrer Wahl gratulieren, denn es verdient höchste Anerkennung, wer neben der beruflichen Belastung die Zeit und oft auch nervenaufreibende Arbeit im Personalrat zugunsten der Beschäftigten bewältigt.

In Schwerin waren unsere Kollegen erneut erfolgreich und konnten drei der sechs Beamtensitze für die DPoIG sichern. Leider ist die GdP nicht in der Lage, ein solches Wahlergebnis zu akzeptieren, und ignoriert den Wählerwillen, wie ihr im nachfolgenden Beitrag von Stephan Dingler lesen könnt.

In Stralsund erreichten wir vier von acht Beamtensitzen sowie den Arbeitnehmersitz und da-

mit eine Freistellung für die DPoIG.

Auch in Neubrandenburg erkämpften die Kolleginnen und Kollegen eine Freistellung für die DPoIG.

In Wismar haben wir einen Sitz dazugewinnen können. Alles in allem eine aus Sicht der DPoIG erfolgreiche Personalratswahl.

Ein Wermutstropfen allerdings bleibt. Fragwürdige Entscheidungen, wie zum Beispiel im Polizeipräsidium Rostock, wo in großzügiger Weise Freistellungen für Personalratsmitglieder gewährt wurden, führen nicht zu mehr Akzeptanz bei den Kollegen. Dazu sagt unser Kollege Uwe Kaatz Folgendes: „Um es gleich klarzustellen, das System der Personalvertretung ist richtig, ist gut, ist notwendig. Ich bin durch eine Fügung des Schicksals die letzte Wahlperiode in der Freistellung gewesen.“

Auf ihren konstituierenden Sitzungen werden Vorsitzende und Stellvertreter gewählt – somit ist dann auch geklärt, wer in die Freistellung geht.

Alles klar! Doch nicht im BPR des PP West. Dort gab es auch



> POK Uwe Kaatz, PP Rostock

eine konstituierende Sitzung, es wurden mit der Stimmenmehrheit der GdP ein Vorsitzender und ein Stellvertreter gewählt. Bis dahin alles in Ordnung. Doch plötzlich ist alles ganz anders. Sowohl der frisch gewählte Stellvertreter als auch ein weiteres ordentliches Mitglied legen ihr Amt nieder. Besser noch. In Vorbereitung der nächsten Sitzung bekomme ich einen Anruf, in dem mir die geplanten Absichten erklärt werden, und es folgt die Frage, ob ich diese unterstützen würde. Im Detail möchte man diverse Nachrücker bewegen, ihr Mandat im BPR des PP West niederzulegen, bis festgestellt ist, dass eine bestimm-

te Person als Nachrücker ein ordentliches Mitglied geworden ist. Und diese Person soll dann auch gleich noch in die Freistellung gehen. Da aber einer aus den Reihen der GdP nicht mitmacht, ist man auf den Plan gekommen, eine vierte Freistellung beim Präsidenten zu beantragen. Begründet wird das Ganze mit dem hohen Arbeitsanfall. Oh, ich hatte vergessen zu erwähnen, dass die zusätzliche Freistellung für den zukünftigen Vorsitzenden der Kreisgruppe der GdP vorgesehen ist, der beerbt nicht nur den Posten als Vorsitzender, des BPR, sondern auch noch den als Vorsitzender der Kreisgruppe Rostock.

Nun kann jeder auf die Liste schauen, wie viele gewählte Kollegen nötig sind, die auf ihr Mandat verzichten müssen, bis dieser Plan umgesetzt werden kann.

Das Traurige daran ist nur, dass auch Kollegen sich diesem Plan unterwerfen, die in der Vergangenheit diese ‚Postenzuschusterei‘ verurteilt haben. Begründet wird das dann mit dem Fraktionszwang. Dabei ist doch die Arbeit in den Gremien der Personalvertretung unabhängig – jedenfalls steht es so im Pers VG.“

Impressum:

Landesgeschäftsstelle
Hollstraße 13
18273 Güstrow,
Tel.: 03843.682301
Fax: 03843.682303
www.dpolg-mv.de
V.i.S.d.P.: Olaf Knöppen



© DPoIG M-V

> Stephan Dingler, Tino Lindstedt, Wolfram Nawrot (von links)

Wählerwille nicht berücksichtigt

Erst einmal vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die bei der Wahl zum Örtlichen Personalrat durch die Abgabe ihrer Stimmen den Vertretern der DPoIG das Vertrauen ausgesprochen haben.

Das Ergebnis ist, vor allem bei der Betrachtung der Mitgliederzahlen, bemerkenswert (GdP 488 Stimmen/DPoIG 413 Stimmen). Wir konnten demnach wieder drei der sechs Sitze der Beamtenvertreter im Personalrat erringen.

Dennoch wurde der bekundete Wille des Wählers bei der Wahl des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Örtlichen Personalrats und somit das Wahlergebnis ignoriert.

Zur Erläuterung:

Am 5. Juni 2018 fand die konstituierende Sitzung des Örtlichen Personalrates der Polizeiinspektion Schwerin statt. Anwesend waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PI Schwerin, die bei der Wahl mehrheitlich die meisten Stimmen der jeweiligen Liste auf sich vereinen konnten und die Wahl zum ordentlichen Mitglied annahmen. Zudem war der gewählte Arbeitnehmervertreter des Gremiums zugegen.

Wolfram Nawrot, seinerzeit der Kollege, dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Wahl mit Abstand das größte Vertrauen ausgespro-

chen hatten, stellte sich den Wahlgängen zum Vorsitzenden und danach zum Stellvertreter.

Bei der Wahl zum Vorsitz waren sich die Vertreter der GdP einig und haben gewerkschaftstreu den Wählerwillen ignoriert. Die Wahl konnte letztlich Alexander Below für sich entscheiden.

Viel fraglicher ist jedoch die Tatsache, dass sich auch bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden ein Gewerkschaftsvertreter der GDP zur Wahl stellte und diese dann schließlich auch gewann.

Die Tatsache, dass kein Vertreter der DPoIG im Vorstand des

Personalrates vertreten ist und somit die Stimmen von fast 50 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PI Schwerin ignoriert wurden, ist fragwürdig und bedenklich. Bewertet diesen Umstand einfach für euch selbst. Der Start einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sieht anders aus.

Nichtsdestotrotz werden wir uns als die gewählten Vertreter der DPoIG im Personalrat für EUCH einsetzen.

*Stephan Dingler,
Polizeihauptkommissar,
Kontaktbeamter
Polizeihauptrevier Schwerin*

Polizeischüler an der FH Güstrow ernannt



© DPoIG M-V (4)

> Die Direktorin der FH, Frau Dr. Rauchert, bei ihrer Ansprache an die Absolventen.

Innenminister Lorenz Caffier hat am 6. Juli 2018 an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow 103 Polizeischüler nach ihrer zweijährigen Ausbildung die Abschlusszeugnisse übergeben

und sie zu Polizeimeistern ernannt. In einem Auswahlverfahren vor zwei Jahren setzten sie sich gegen 1 254 Mitbewerber durch.

Ab dem 1. August 2018 werden die 31 Absolventinnen und 72 Absolventen bei der Landespolizei M-V überwiegend im Landespolizeibereitschaftsamt M-V in Schwerin und Waldeck und anschließend im Streifenendienst der Polizeireviere eingesetzt. Später haben sie die Möglichkeit, sich für andere Dienstzweige oder über einen Bachelorstudiengang an der Fachhochschule weiterzuqualifizieren.

Innenminister Lorenz Caffier ging in seiner Rede vor den Absolventen auch auf die aktuellen Herausforderungen für die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern ein: „Wir brauchen



> Auch der stellvertretende LV Ronald Müller wohnte dem Festakt bei.



> Innenminister Caffier beglückwünscht eine Polizeischülerin zur bestandenen Prüfung.



> Gespannt fiebern die Polizeischüler der Zeugnisübergabe entgegen.

derzeit jede Polizistin und jeden Polizisten“, so der Minister.

nächsten Jahren von 5 800 auf 6 200, also um 400 erhöhen.

So viele Polizisten wie in diesem Jahr wurden noch nie zeitgleich in Güstrow ernannt. Die Zahl der Polizisten wird sich in Mecklenburg-Vorpommern in den

„Denn was nützt mir ein perfekt ausgebildeter und perfekt ausgerüsteter Polizist, wenn er die Arbeit für drei erledigen muss“, so Caffier abschließend. ■

> Kleine Randnotiz

Am 30. Juni 2018 fand die Eröffnung der Müritz-Saga 2018 auf der Freilichtbühne in Waren-Müritz statt.

Ich hatte die Möglichkeit, Karten für diese Premiere zu bekommen und ließ mit diesem Theaterbesuch meinen Urlaub ausklingen.

Völlig überraschend traf ich am Rande dieser Veranstal-

tung den Bundesvorsitzenden der DPoIG, Rainer Wendt. Ausnahmsweise war auch Rainer diesmal „nur“ Zuschauer einer öffentlichen Veranstaltung.

Natürlich nutzten wir die Pause für einen kurzen Abgleich der aktuellen dynamisch innenpolitischen Situation.

Seine Einblicke und sein Hintergrundwissen sind immer

wieder beeindruckend und helfen die teilweise komplexen Zusammenhänge zu verstehen, die unseren Dienst häufig nicht nur indirekt beeinflussen.

Beeindruckend und unterhaltsam war auch das Theaterstück, diesmal unter dem Motto „Im Bann des Hexenjägers“.



> Rainer Wendt mit Ronald Müller zu Besuch in Waren

Das Fachgremium Bereitschaftspolizei der DPoIG traf sich in Königswinter

Vom 16. bis 18. Mai 2018 führte die DPoIG in der dbb akademie in Königswinter das jährliche Seminar zur Sicherheitsarchitektur in Deutschland durch.

Traditionell findet am Rande dieses Lehrganges auch die Gewerkschaftstagung des Fachgremiums Bereitschaftspolizei der DPoIG statt.

Unter Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ralf Kusterer tauschten sich die Vertreter der einzelnen Bundesländer über

- > die aktuellen Strukturen der Bereitschaftspolizeien in den Bundesländern,
- > die aktuellen Kernaufgaben der Bereitschaftspolizeien,
- > die Entwicklung der persönlichen Ausrüstungen und technischen Ausstattungen und
- > über die Stellenbewertungen für die Beamtinnen und Beamten in der Bereitschaftspolizei aus.

Für die DPoIG M-V nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Ronald Müller an dieser Veranstaltung teil. Es zeigte sich, dass trotz ähnlicher Einsatzaufgaben, die Aufgaben der Bereitschaftspolizeien im gesamten Bundesgebiet teilweise recht unterschiedlich erfüllt werden.

Je nach Stellenwert der Bereitschaftspolizei in der Sicherheitskonzeption der jeweiligen Bundesländer, variieren die Ausstattung und die Personalstruktur.

Beispielsweise gibt es Bundesländer, die im technischen Bereich auf Wasserwerfer oder bei der Schutzausstattung auf Schutzwesten der Schutzklasse 4 für die Bereitschaftspolizei derzeit verzichten.

Das Gremium war sich einig in der Auffassung, dass in der jetzigen komplexen Sicherheitslage eine personell starke und



> Ronald Müller mit Ralf Kusterer in Königswinter

leistungsfähige Bereitschaftspolizei ein unverzichtbarer Pfeiler in der Sicherheitsstruktur Deutschlands ist. Die Fähigkeit der gegenseitigen Unterstützung zwischen Bundesländern ist maßgeblich von einer kompatiblen Struktur, Ausrüstung und Technik abhängig.

In allen Bundesländern ist die Bereitschaftspolizei unverzichtbar. Nicht erst der G 20 im Jahr 2017 hat gezeigt, wie

wichtig die Fähigkeiten der geschlossenen Polizeieinheiten für unser Land sind. Natürlich kostet es Geld und vor allem auch den politischen Willen, in jedem Bundesland eine starke und leistungsfähige Bereitschaftspolizei vorzuhalten.

Die bundesweite Zunahme der Einsatzanlässe der Bereit-

schaftspolizei von Bayern bis Mecklenburg-Vorpommern allein in den letzten 24 Monaten ist Beleg genug für diese Notwendigkeit. Deshalb stellt auch der BUND weiterhin die Grundausstattung für die Bereitschaftspolizei.

Die DPoIG wird sowohl auf Länderebene als auch auf Bundesebene sich weiterhin für eine Stärkung der Bereitschaftspolizeien einsetzen. ■



DPoIG zu Beschlüssen der Innenministerkonferenz

Ankerzentren sinnvoll, Musterpolizeigesetz weiterhin notwendig

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) sieht in den Beschlüssen der Innenministerkonferenz, die dieser Tage in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) zu Ende ging, Licht und Schatten. Die von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) vorgeschlagenen Ankerzentren, in denen Asylbewerber von der Ankunft bis zur Entscheidung untergebracht werden sollen, wären nach Ansicht der DPoIG ein entscheidender Schritt hin zu einem geordneten Verfahren. Die Aufnahme oder mögliche

Abschiebung von Flüchtlingen muss endlich schnell und transparent erfolgen. An dieser Stelle darf es keine ideologischen Scheuklappen geben. In dem Ziel, Asylverfahren zu beschleunigen, sind sich die Innenminister auch einig, es geht nun um die konkrete Ausgestaltung.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Die Einrichtung von Ankerzentren muss allerdings mit einem wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen einhergehen. Hier setzen wir

auf die kommende EU-Ratspräsidentschaft Österreichs, die sich das zum Ziel gesetzt hat. Außerdem sollten Menschen, die erkennbar keine Berechtigung zur Einreise nach Deutschland haben, bereits an der Grenze künftig zurückgewiesen werden.“

Mit Bedauern nimmt die DPoIG zur Kenntnis, dass die Innenminister von Bund und Ländern die Schaffung eines bundesweiten Musterpolizeigesetzes auf die lange Bank geschoben

haben. Wendt: „Es wäre vernünftig, wenn es ein solches Rahmengesetz gebe, das einheitliche Befugnisse der Polizei regelt. Vor dem Hintergrund von Terrorgefahr, länderübergreifender Kriminalität und polizeilichen Großsätzen ist es höchste Zeit, ein solches Musterpolizeigesetz auf den Weg zu bringen. Die derzeit unterschiedlich geltenden Regelungen, zum Beispiel im Bereich der Gefahrenabwehr, hemmen eine effektive polizeiliche Arbeit.“

14 Menschen von Polizisten im Dienst erschossen

Polizisten in Deutschland haben im vergangenen Jahr bei Einsätzen 14 Menschen erschossen. Wie aus einer Erhebung der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster hervorgeht, wurden zudem 39 Menschen verletzt. Seit einigen Jahren steigen die Zahlen kontinuierlich auf geringem Niveau. „Die zunehmende Zahl von Angriffen auf Polizeibeamte, zum Beispiel mit Messern, kann zu dem Anstieg der Polizeischüsse beigetragen haben“, sagte der Bundesvorsitzende Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt.

Angesichts von rund 300 000 Beschäftigten bei der Polizei im Bund und in den Ländern ist der Schusswaffengebrauch in Deutschland eher die große Ausnahme. Wendt verwies zudem auf starke Schwankungen im Laufe der Jahre. „Man sollte

sich nun genau anschauen, welche konkreten Situationen zum Einsatz der Dienstwaffe geführt haben.“

Rainer Wendt plädiert dafür, Elektroschockgeräte als Ergänzung für den Streifendienst zuzulassen. „Mit ihnen ließe sich sicherlich der Einsatz der Schusswaffe in dem einen oder anderen Fall umgehen.“

„Unsere Beamtinnen und Beamten sind weder schießwütig noch nervös. Sie kommen täglich in Situationen, in denen sie die Waffe aus Notwehr ziehen dürfen und sie tun es nicht, auch wenn sie damit ihre eigene Gesundheit oder ihr Leben riskieren.“

In den allermeisten Fällen schossen Polizisten, um gefährliche, kranke oder verletzte Tiere zu töten.

Geburtstage in den Monaten Juli/August 2018

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat Juli und August geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft. Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Einen runden Geburtstag feierten im Monat Juli:

- Franziska Löning
- Maria Woller
- Torben Skubasch
- Torsten Narewski

Im Monat August begehen

- Silke Groß-Osterhues
 - Simone Paul
 - Olaf Wachholz
 - Daniel Labod
 - Florian Lebert
 - Heinz Gering
- ein rundes Jubiläum.

Der Landesvorstand und die Kreisverbände gratulieren ganz herzlich

